



Souveränität aus eigener Stärke - Eckpfeiler einer neuen China-Politik

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom xx. März 2023

ENTWURF

Der Aufstieg des kommunistischen Chinas ist die zentrale, epochale Herausforderung des 21. Jahrhunderts für alle Staaten, die die regelbasierte internationale Ordnung erhalten, stärken und stützen wollen. Diese Ordnung regelt das friedliche Zusammenleben zwischen Staaten, ihren Austausch und Handel, sie setzt einen Friedensrahmen und bietet so Schutz für Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Menschenrechte. Sich dieser Herausforderung eines Systemwettbewerbs mit China in aller Komplexität zu stellen und dabei unsere Interessen und Werte zu verteidigen, muss eine zentrale Aufgabe für die gesamte deutsche Politik sein.

Deutschland braucht zum Umgang mit China einen nationalen Konsens über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg. Der strategisch richtige Umgang mit China ist eine Aufgabe, die über diese oder die nächste Legislaturperiode hinausweist. Diese Frage wird nicht nur die 20er-Jahre prägen. Deswegen darf die Entwicklung einer deutschen China-Strategie keine parteipolitische Frage sein. Wir sind bereit, mit der Bundesregierung zur Wahrung und Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Souveränität im Verhältnis zu China einen nationalen Konsens gemeinsam zu erarbeiten. Nur geeint können wir aus einer Position der eigenen Stärke heraus agieren, nur so können wir eine kohärente, nachhaltige und ganzheitliche Strategie der Bundes-, Landes- und Kommunalebene im Sinne eines „whole-of-government-Approaches“ erreichen. Dieser ist auch und gerade im Hinblick auf den Schutz unserer kritischen Infrastruktur erforderlich. Dieser nationale Konsens muss dabei in die Nationale Sicherheitsstrategie einerseits, in eine europäische China-Strategie andererseits eingebettet und engstmöglich mit unseren transatlantischen Verbündeten und den Wertepartnern im indopazifischen Raum abgestimmt sein. Denn nur gemeinsam mit unseren Partnern werden wir angesichts der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Größe Chinas die Kraft und Stärke haben, im System- und Technologiewettbewerb bestehen zu können. Wir können dabei mit Selbstbewusstsein antreten. Nicht zuletzt die Pandemie hat gezeigt: Die Demokratie kann liefern. China ist mit seiner Coronapolitik gescheitert, virologisch und ökonomisch. Demokratien haben mit ihrer politischen Legitimation, ihren öffentlich und breit angelegten Beratungsprozessen und Diskursen, mit ihrer Fähigkeit zur Selbstkorrektur sowie mit ihrer Innovationskraft entscheidende Wettbewerbsvorteile. Und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat noch einmal gezeigt: Wir, als Demokratien und Verteidiger der regelbasierten Ordnung, haben die Kraft und die Möglichkeit, handlungsfähige Allianzen und Partnerschaften zu schmieden. Dies ist ein essenzieller Vorteil gegenüber China, das diese Kapazität zur Partnerschaft auf Augenhöhe durch eigene Attraktivität nicht hat.

Chinas Politik uns und Europa gegenüber hat sich gewandelt. China ist für uns Partner, wirtschaftlicher Konkurrent und systemischer Rivale. Diesen Konsens hat die EU-Kommission im Jahr 2019 durchgesetzt und er beschreibt treffend die neue Realität. China bleibt auch für uns Partner zu wichtigen globalen Fragen. Allerdings darf man die Augen nicht davor verschließen, dass China von sich aus die Gewichte verschoben und den Kern der Beziehung deutlich in Richtung systemische Rivalität getrieben hat. Die systemische Rivalität wird nicht von Europa

gesucht, sondern von China an uns herangetragen. Das zeigt nicht zuletzt Chinas Handeln im Kontext des Kriegs gegen die Ukraine. Dass sich die Gewichtung der Trias durch Chinas Politik und interne Entwicklungen in China verschoben hat, hat auch der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Herbst 2022 verdeutlicht: Die Elemente systemischer Rivalität werden immer bestimmender und von China teils bewusst herausgestellt, teils durch gemischte Signale zumindest billigend in Kauf genommen.

Das Prinzip „Frieden durch Handel“ ist mit Blick auf Russland, zunehmend aber auch China, gescheitert. Die bisherige Leitidee des Prinzips „Frieden durch Handel“ war darauf ausgerichtet, Vernetzung zu schaffen, um Annäherung zu erreichen. Andere Regionen der Welt haben dieses Prinzip allerdings nicht in dieser Form erwidert, sondern zunehmend eigene Interessen formuliert und gerade in Abgrenzung zum Westen ein einseitiges Abhängigkeitsnetz entstehen lassen, dass jetzt von Russland, aber auch aus China heraus gegen uns eingesetzt wird. Die klare Konsequenz daraus muss sein, ein neues industriepolitisches Handlungsprinzip zu entwickeln, das darauf basiert, dass auch Deutschland und Europa klare Interessen formulieren und durchsetzen.

Weil China sich verändert hat, müssen auch wir unsere Politik gegenüber China verändern. China ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine politische und wirtschaftliche Großmacht geworden und strebt, wie verschiedentlich mit Blick auf die eigenen Ziele zum 100jährigen Bestehen im Jahr 2049 formuliert, an, vorherrschende Supermacht zu werden. Dafür will China eine Weltordnung schaffen, die stärker sinozentrisch und hierarchisch ausgerichtet ist sowie autoritären Prinzipien und Werten international stärker Geltung verschafft. Bestehende Regeln sollen entsprechend angepasst werden. Mit seiner Größe, seiner finanziellen und wirtschaftlichen Stärke und mit seiner rasant wachsenden militärischen Macht entwickelt sich China zur größten Herausforderung seit dem Ende der Sowjet-Zeiten, auch ideologisch. Dieser Paradigmenwechsel wurde als die strategische Herausforderung für die freiheitlich-demokratisch verfasste Staatenwelt insgesamt viel zu lange unterschätzt. Diese Realität gilt es anzuerkennen und darauf klug, abgestimmt und entschlossen zu reagieren.

Dabei wollen wir die Partnerschaft nicht kleinreden: Unsere Beziehungen zu China sind über Jahrzehnte gewachsen und erstrecken sich über alle politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereiche. Die deutsch-chinesischen, wie die europäisch-chinesischen Beziehungen sind nicht nur durch einen besonders hohen Austausch von Waren und Gütern, sondern auch durch ein dichtes Geflecht von zwischenmenschlichen Kontakten und Dialogformaten geprägt. An diesen wollen wir festhalten, wenn und solange sie zum beiderseitigen Nutzen beitragen und von Reziprozität und Augenhöhe geprägt sind. China selbst bekundet immer wieder das Interesse an partnerschaftlichen Beziehungen. An diesem Anspruch müssen wir China messen, auch und gerade bei der Zusammenarbeit im Rahmen der globalen Klimapolitik.

China ist Deutschlands größter Handelspartner und auch als Innovations- und Forschungsstandort für deutsche Unternehmen von großer Bedeutung. Durch ihr Engagement in China stärken deutsche Unternehmen ihre globale Wettbewerbsfähigkeit und sichern auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland. Gleichzeitig ändern sich die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen: Waren diese über viele Jahre davon geprägt, dass China Konsumgüter und Vorprodukte im Niedrigtechnologiebereich nach Deutschland und Deutschland im Gegenzug hochwertige Investitions- und Konsumprodukte nach China lieferte, wird China durch seinen Wandel zu einem Dienstleistungs- und Hochtechnologieland immer stärker **zu einem direkten wirtschaftlichen Konkurrenten**, auch und gerade auf Drittmärkten. Für die Wettbewerbsfähigkeit der EU wird es entscheidend sein, im Technologiewettbewerb bestehen zu können.

Bei der Ausgestaltung der künftigen Wirtschaftsbeziehungen ist zu berücksichtigen, dass auch **China aktuell noch in vielen Bereich abhängig von Deutschland** und der EU ist. Die EU ist der zweitgrößte Handelspartner Chinas und gerade die deutsche Industrie ein wichtiger Lieferant von Technologie und hochwertigen Investitionsgütern. Dies sollte Anlass für **Selbstbewusstsein in den Beziehungen mit China** sein.

In einer globalen, offenen Wirtschaft belebt Wettbewerb grundsätzlich das Geschäft und fördert so Innovationen und Wohlstand für alle. Allerdings nur, wenn die **gleichen Regeln für alle** gelten und sich alle an diese geltenden Regeln halten. Dies ist im Zusammenspiel mit China immer weniger der Fall, denn die wachsende wirtschaftliche Konkurrenz wird maßgeblich durch massive gezielte staatliche Förderung, Finanzierung und Lenkung getrieben. Daher wird es immer wichtiger, dass die Europäische Union gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern auf faire und gleiche Wettbewerbsbedingungen, auf die Einhaltung internationaler Handelsregeln und -standards und auf Reziprozität gegenüber China hinwirkt. Dabei dürfen wir uns keine Illusionen machen: Ein China, das nach anderen Regeln der Globalisierung strebt, das Staatswirtschaft betreibt, das zunehmend ideologiegetrieben und militärisch offensiver agiert, droht auf Dauer kein verlässlicher Handelspartner zu sein. Intensive Handelsbeziehungen können so zu wirtschaftlichen Abhängigkeiten werden, die zu politischen Verwundbarkeiten werden. Ein umfassendes geoökonomisches und strategisches Risikomanagement ist nötig. Es braucht eine politische Antwort darauf, dass die deutschen und europäischen Abhängigkeiten in bestimmten Lieferketten in der jüngsten Vergangenheit eher noch gewachsen sind. Wir müssen in eine Politik des „De-Risking“ übergehen.

1. Ein neues China

Ziel einer sinozentrischen Weltordnung

Im Laufe der Amtszeit von Xi Jinping, der das Amt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Jahr 2012 und das des Staatspräsidenten im Jahr 2013 übernahm, entwickelte China immer deutlicher und expliziter eine umfassende Hegemonialstrategie – politisch, wirtschaftlich und militärisch. Wir müssen Chinas strategische Ziele realistisch betrachten und uns auf neuartige Formen weltweiter *power projection* einstellen. China will die bestehende wert- und regelbasierte internationale Ordnung in eine sinozentrische Weltordnung verändern. China in der Mitte der Welt, die Regeln bestimmend – dieses Ziel will China bis 2049 erreichen. Was das konkret bedeuten würde, zeigt beispielhaft der Fall Hong Kong: International gültige Regeln und Vereinbarungen, die China 1984 in der gemeinsamen Erklärung mit dem Vereinigten Königreich festgeschrieben hatte, werden Zug um Zug kalkuliert gebrochen.

Für das Ziel einer sinozentrischen Weltordnung unterstützt China nur dann internationale regel-basierte Institutionen, wie beispielsweise die Vereinten Nationen oder die WTO, wenn dies seinen erklärten Interessen entspricht. Es ignoriert solche Institutionen, wenn sie Entscheidungen treffen, die nicht mit Chinas erklärten Interessen im Einklang stehen. Es missbraucht und zweckentfremdet Institutionen, die über keine robusten Selbstkontrollmechanismen verfügen und nutzt dafür auch seinen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat. Damit relativiert China die Institutionen und das Völkerrecht systematisch. Dies gilt beispielsweise für die durch die Errichtung künstlicher Inseln fortwährende Missachtung völkerrechtlichen Gebietsrechts im Südchinesischen Meer, wie durch den Haager Schlichterspruch von 2016 festgestellt. Parallel dazu versucht China in den Vereinten Nationen, deren Werte und Regeln umzudefinieren. Dafür verfolgt es dort immer stärker das Ziel, den Demokratiebegriff neu zu definieren und an soziale Rechte zu binden, die wichtiger als der Rechtsstaat seien oder die Souveränität des Staates über das geltende Völkerrecht zu setzen. China lehnt die Universalität der Menschenrechte ab, obwohl es die Menschenrechtscharta mit erarbeitet hat. Die willkürliche Internierung und die grausame Behandlung von mehr als einer Million Menschen ethnischer Minderheiten, insbesondere der Uiguren, sowie schwere Einschränkungen der Religions-, Versammlungs-, Meinungs- und Bewegungsfreiheit sind schwere Verstöße gegen elementare Menschenrechte.

Schaffen von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten

Dem Umbau der Weltordnung und der Ausweitung chinesischer Einflussbereiche dient auch Chinas strategisches Projekt der Seidenstraßen- / Belt-and-Road-Initiative und neuere Initiativen wie die „Global Security Initiative“, die „Global

Development Initiative“ oder die „Global Data Security Initiative“. Dabei versucht es, seine Normen und Standards wie auch einen eigenen Ansatz zur Konfliktregulierung durchzusetzen. China vergibt Investitionen und Entwicklungshilfe in Milliardenhöhe und vertieft wirtschaftliche Aktivitäten in Afrika, Asien und Lateinamerika, ohne irgendeine Bindung an Anforderungen an gute Regierungsführung, an demokratische Entscheidungsprozesse und an soziale, wirtschaftliche, umweltpolitische und finanzielle Nachhaltigkeit. Chinas Einflussmöglichkeiten werden dadurch ausgebaut und wirtschaftliche Abhängigkeiten geschaffen. China nutzt diese bereits seit Jahren aktiv für eigene Interessen – wirtschaftliche werden so zu politischen Abhängigkeiten, verstärkt durch chinesische Propaganda in Bevölkerungen hinein, so durch das chinesische Staatsfernsehen in ganz Afrika. Zugleich werden autoritäre Systeme gestärkt und damit die weltweite Entwicklung der Demokratie gezielt geschwächt. Dazu zählt auch, dass China und Russland ihre strategische Partnerschaft ausbauen, wie zum Beispiel aus der „Gemeinsamen Erklärung über den Übergang der internationalen Beziehungen in eine neue Ära“ vom Februar 2022 hervorgeht. Das Verhalten Chinas zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein erster Umsetzungsfall dieser neuen und engen Zusammenarbeit.

Die Seidenstraße und die anderen globalen Initiativen sind wesentliche Elemente in dem Streben nach einer von China bestimmten internationalen Wirtschaftsordnung als Teil einer sinozentrischen Weltordnung. Wirtschaftliche Interessen werden dabei immer stärker machtpolitischen und ideologischen Zielen untergeordnet, nach denen China andere Märkte und die internationale Wirtschaftsordnung prägt. Dabei hat China das klare Ziel, in Wirtschaft und Entwicklung und durch die Stärkung der Binnennachfrage wirtschaftlich unabhängiger zu werden in einzelnen Schlüsselbereichen gar autark, das zeigt seine „Strategie der zwei Kreisläufe“. Dadurch ist das chinesische Wirtschaftsmodell, mit seiner staatswirtschaftlichen und unfreien Prägung, eine systemische Herausforderung für und unvereinbar mit dem Modell der offenen, regelbasierten Marktwirtschaft im Rahmen der Welthandelsorganisation.

Chinas Ziel ist es, mit dieser Politik in den internationalen Organisationen eine Mehrheit gegen den politischen Westen, seine Werte-Partner und all jene Staaten zu schaffen, die die bestehende regelbasierte Ordnung erhalten, stärken und schützen wollen.

Territoriale Ambitionen und militärische Drohungen

Chinas robuste Machtpolitik stellt in Kombination mit seinen zunehmenden militärischen Fähigkeiten schon jetzt eine Herausforderung für die Stabilität in einer Reihe von Weltregionen dar. Dies betrifft auch die Interessen Deutschlands und

seiner Partner und werden perspektivisch auch unsere Sicherheit noch unmittelbarer beeinflussen.

So gefährden Chinas territoriale Ambitionen in Ost- und Südostasien den Frieden in der Region – mit potenziell gravierenden Auswirkungen weltweit. China versucht mit den oben genannten gezielten Verstößen gegen das UN-Seerechtsübereinkommen, das Südchinesische Meer, über dessen Seewege ein Viertel des EU-Außenhandelsvolumens transportiert werden, in völkerrechtswidriger Weise unter seine Kontrolle zu bringen. Während des 20. Parteikongresses der KPCh erneuerte Präsident Xi in aller Offenheit seine Drohung, eine Vereinigung mit Taiwan würde China notfalls auch mit militärischen Mitteln erzwingen. Die militärischen Drohungen gegen Taiwan nahmen zuletzt stark zu. Dabei bleibt es in unserem strategischen Interesse, am Status Quo auf Taiwan festzuhalten. Dies bedeutet eine Ein-China-Politik, wie wir sie im EU-, NATO- und G7-Kontext verstehen.

Zunehmend sind Tendenzen zu beobachten, dass China seine weltweiten Investitionen und Finanzhilfen sicherheitspolitisch abzusichern versucht, indem verteidigungspolitische Abkommen geschlossen, Ausrüstung geliefert, paramilitärische Sicherheitskräfte disloziert und die von China finanzierten Infrastrukturen (z.B. Häfen, Netze) auch von China militärisch genutzt werden. Die Sicherheit Europas wäre direkt betroffen, sollte dies im Rahmen von weiteren europäischen Infrastrukturprojekten der Seidenstraßen-Initiative der Fall sein.

Durch die sich intensivierende militärische, technologische und Energie-Zusammenarbeit zwischen China und Russland und das enge Zusammenrücken im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist zudem eine direkte Bedrohung der Sicherheitsinteressen Europas absehbar. Die europäische Sicherheit und Stabilität sind Kerninteressen Europas, die es zu wahren gilt, und die durch die russisch-chinesischen Zusammenarbeit angegriffen werden. Diese intensivierte Art der Zusammenarbeit zeigt sich auch durch die wachsende Präsenz Chinas in der Arktis und gemeinsame chinesisch-russische Militärmanöver etwa in der Ostsee. Kritisch müssen wir auch untersuchen, wie wir selbst durch Wissenschaftskooperation und Technologien zu den militärischen Fähigkeiten Chinas beitragen.

Die deutliche Zunahme chinesischer Spionageaktivitäten – nicht zuletzt durch satelliten- und ballongestützte Aktivitäten – erhöht die Gefahr und Verwundbarkeit unserer militärischen Einrichtungen, aber auch der kritischen Infrastruktur Deutschlands und Europas. Hierauf gilt es dringend passende Antworten zu finden und den Schutz kritischer Infrastruktur sicherzustellen.

Ein nach außen starkes China mit großen Herausforderungen im Inneren

Das expansive Agieren Chinas könnte sich gerade durch die großen Herausforderungen im Inneren verstärken. Chinas Wirtschaftswachstum wird strukturell in den nächsten Jahren vermutlich deutlich geringer ausfallen. Expansion und Ideologie könnten künftig noch stärker als Legitimationsgrundlage für die Kommunistische Partei Chinas dienen.

Der demografische Wandel geht an China nicht spurlos vorbei, es altert vielmehr in den nächsten zwei Jahrzehnten in Folge seiner früheren Ein-Kind-Politik überdurchschnittlich schnell. Dies hat gravierende Folgen insbesondere für die Sozialsysteme und die soziale Lage breiter Bevölkerungsschichten. Das zeigt sich auch an der hohen Jugendarbeitslosigkeit und dem starken Ost-West-Gefälle sowie dem Gefälle zwischen Stadt und Land. Die Zunahme von Umweltschäden erhöht die interne Verwundbarkeit.

Die Risiken für die chinesische Volkswirtschaft können sich verschärfen, wenn China aufgrund seiner ideologischen Ausrichtung oder internationalem Druck künftig weniger vom Handel und einer globalisierten, offenen Wirtschaft profitiert. In den vergangenen Jahrzehnten leitete sich Chinas Wettbewerbsfähigkeit vor allem aus geringen Produktions- und Lohnkosten, niedrigen Umweltschutzauflagen und einer hohen Wertschöpfung bei vergleichsweise niedrigem Kapitaleinsatz ab. Diese Zeiten sind inzwischen vorbei, die wirtschaftliche Entwicklung muss sich neu ausrichten. Chinas Politik wird für ausländische Unternehmen zunehmend unberechenbarer, etwa durch präferierte Behandlung heimischer Unternehmen, Politisierung, ausufernde oder schwer vorhersehbare Regulierung, steigende Bürokratiepflichten, und das Land als Standort somit risikoreicher.

All dies mag nicht zu plötzlichen Krisenentwicklungen in China mit Auswirkungen für uns und unsere Partner führen. Unterschiedliche gleichzeitige Problementwicklungen bergen jedoch die Gefahr einer Schmelbrandkrise. Zugleich können solche Probleme im Inneren Chinas globale Ambitionen eher noch unberechenbarer machen. Sie bieten jedoch auch einen Ansatz für mehr Kooperation – wenn China vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen erkennt, dass mehr statt weniger Kooperation in seinem eigenen Interesse liegt.

2. Eine neue China-Politik

Aus dieser Analyse eines neuen, veränderten Chinas folgt, dass wir auch eine **chinapolitische Zeitenwende** brauchen. Dabei antworten wir angemessen und gehen auf die neuen Realitäten ein:

- Mit der Fähigkeit und der eigenen Stärke zum Wettbewerb da, wo China diesen sucht und forciert.
- Mit Resilienz und Wehrhaftigkeit sowie der Bildung und dem Ausbau von Allianzen und Partnerschaften mit Interessen- und Wertepartnern da, wo die internationale regelbasierte Ordnung systemisch infrage gestellt und angegriffen wird.
- Mit der Bereitschaft zur Partnerschaft da, wo diese durch China offen, transparent und verlässlich angenommen wird.

Eine neue China-Politik verlangt dabei **Antworten nach Außen – aber auch und gerade nach Innen**. Auf kommunaler und Landesebene, im Bund, in Europa und im Bündnis mit unseren internationalen Werte-, Interessens- und Sicherheitspartnern. Wir können diese Antworten aus einer Position der Stärke und des Selbstbewusstseins angehen – in fester Gewissheit, dass unser freiheitlich-demokratisches, marktwirtschaftliches System als normatives Konzept über genügend inneren Zusammenhalt und äußere Strahlkraft verfügt, sich in diesem Wettbewerb durchzusetzen, wenn seine Potenziale schlagkräftig und im Verbund genutzt werden.

Das Leitmotiv unseres Handelns muss es sein, die regelbasierte internationale Ordnung zu erhalten, zu schützen und zu stärken und dem Völkerrecht weiter uneingeschränkt Geltung zu verschaffen. Dabei ist die **bestehende internationale Ordnung das Fundament für unsere Freiheit**, für Stabilität und Austausch – und damit auch: für unser deutsches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell. Setzt China diese in unserem nationalen Interesse stehende internationale Ordnung unter Druck, hat das Folgen eben auch für unser Wirtschaftsmodell, für unsere geoökonomische Ausrichtung, für unsere Sicherheit und Souveränität. Deswegen müssen wir im eigenen Interesse die wirtschaftlichen Verbindungen mit China und vor allem bestehende oder drohende Abhängigkeiten in den Blick nehmen. Wir müssen in entscheidenden wirtschaftlichen und technologischen Bereichen souveräner werden.

Deswegen beginnt eine China-Strategie zuallererst zuhause: mit einer Deutschland-Strategie, eingebettet in eine Europa-Strategie, die unsere Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft stärken, die unsere Abhängigkeiten reduzieren und die uns so souveräner und wirtschaftlich resilienter machen.

Daher muss die neue deutsche China-Politik entlang folgender Eckpunkte ausgerichtet sein:

- **Wir brauchen eine europäische China-Strategie.** Nur durch größtmögliche Geschlossenheit wird die EU eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit China gestalten und sich im systemischen Wettbewerb erfolgreich erweisen können. Europa muss – zusammen mit Partnern – die werte- und regelbasierte internationale Ordnung wieder stärken, auf die Herausforderungen an seine innere und äußere Sicherheit überzeugend antworten, den wirtschaftlichen Wettbewerb in seinem Interesse gestalten und die Zusammenarbeit dort ausbauen, wo eine echte chinesische Bereitschaft besteht. Zur notwendigen Geschlossenheit beitragen wird dabei, wenn künftige **EU-China-Gipfel** zwischen der EU, den Mitgliedstaaten und China, wieder ausschließlich zu 27+1 stattfinden, gemeinsam vorbereitet und dadurch alle Mitgliedsstaaten eingebunden werden – auch als Konsequenz aus chinesischen Spaltungsversuchen. Insbesondere Deutschland und Frankreich sollten ihre privilegierten bilateralen Beziehungen und ihre Erfahrungen mit China stärker in den Dienst der gemeinsamen europäischen Interessen stellen und die gemeinsame China-Politik der EU vorantreiben. Hochrangige China-Reisen sollten entweder engstens abgestimmt, idealerweise gemeinsam durchgeführt werden. Für eine durchsetzungsstarke China-Politik muss mit dem Vereinigten Königreich, den Westbalkan-Staaten und weiteren europäischen Nachbarn der EU durch einen institutionalisierten Prozess im Rahmen eines **„Europäischen China-Council“** eng zusammengearbeitet werden. Gerade bei EU-Beitrittskandidaten und in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU dürfen keine politischen Einfallstore Chinas in Europa entstehen.
- **Die EU braucht insbesondere ein politisches Konzept, mit welchen Mitteln sie künftig auf chinesischen Druck reagiert.** Dies ist dringend erforderlich, wie das chinesische Vorgehen in Hongkong, Pekings Eskalation auf die EU-Entscheidung bezüglich der Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren oder die Isolationsversuche gegenüber Litauen gezeigt haben. Ein solches Konzept könnte erforderlich sein im Hinblick beispielsweise auf einen weiter steigenden Druck Chinas auf westliche Unternehmen bis hin zu deren Ausschluss vom chinesischen Markt oder bei einer massiven Sanktionierung Chinas von EU-Partnern ebenso wie bei einem chinesischen militärischen Vorgehen gegen Taiwan. China hat gezeigt, dass es auf angemessene Maßnahmen der EU mit einer deutlich härteren Gegenreaktion zu eskalieren bereit ist. Hierauf gilt es, sich frühzeitig einzustellen: Dazu braucht es zum Beispiel eine umfassende, regelmäßig

aktualisierte **360-Grad-Analyse wirtschaftlicher Abhängigkeiten**, einschließlich chinesischer Abhängigkeiten von Deutschland, der EU und unseren Partnern. Als Teil einer kohärenten **wirtschaftlichen Abschreckungsstrategie** muss Deutschland eingebettet in die EU frühzeitig ein adaptives Sanktionsregime entwickeln, das auch im Fall eines gewaltsamen militärischen Vorgehens gegen Taiwan oder andere Staaten zur Anwendung kommen kann.

- **In den bestehenden Handelsbeziehungen zwischen China und Deutschland bzw. der EU gilt es die Reziprozität zu stärken.** Was chinesischen Unternehmen in Europa möglich ist, muss auch umgekehrt erlaubt sein. Der Entwurf des Comprehensive Agreement on Investment zwischen der EU und China wäre in diese Richtung ein richtiger Schritt gewesen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist ein solches Abkommen nicht realisierbar. Künftige Vorstöße in diese Richtung müssen eng mit unseren Verbündeten abgestimmt sein. Die chinesischen Joint-Venture-Pflichten, staatliche Subventionen und die Verletzung geistiger Eigentumsrechte verletzen die Reziprozität und erschweren die Handelszusammenarbeit.
- **Wir brauchen eine strategisch ausgerichtete transatlantische China-Politik.** Diese und die europäische China-Strategie müssen sich ergänzen. Dabei bleiben punktuelle Interessens- oder Strategie-Unterschiede weiter möglich. Kernelemente müssen Kooperation mit China und eine Politik der Stärke gegenüber den chinesischen Herausforderungen sein, denen wir gemeinsam oder abgestimmt arbeitsteilig entgegentreten. Die gemeinsamen Interessen zu chinapolitischen Handels- und Technologiefragen sollten auch im Rahmen einer neu einzurichtenden **China Working Group** des **US-EU Transatlantic Trade and Technology Council (TTC)** noch stärker zur Sprache kommen und dort koordiniert werden. Der TTC sollte zuvorderst ein Forum sein, um transatlantische Handelshürden abzubauen sowie technische Lösungen und gemeinsame Standards zu entwickeln. Darüber hinaus kommt dem TTC eine besondere Funktion im Hinblick auf China zu. Eine enge Abstimmung braucht es dabei insbesondere zur Kontrolle und Beschränkung ausländischer Direktinvestitionen und von Technologie-Transfers, zu Handelseinschränkungen und Sanktionen sowie zum wirtschaftlichen Austausch mit Taiwan.
- Ein **starkes europäisches Normierungs- und Standardisierungssystem** sowie das Engagement europäischer Akteure in internationalen Normierungsgremien ist für die strategische Souveränität der EU von zentraler

Bedeutung. Im Kontext des globalen Systemwettbewerbs hat die strategische Bedeutung der technischen Normierung und Standardisierung deutlich zugenommen. Chinas staatlich dominiertes Normungs- und Standardisierungssystem stellt eine enorme Herausforderung für das derzeit in Deutschland und der EU vorherrschende Modell der technischen Normung dar, das privat, freiwillig und selbstregulierend ist. Deutschland und die EU müssen mehr in den Aufbau von Normungs- und Standardisierungsexpertise investieren, dazu zählt die gezielte Förderung konkreter Normierungsprojekte im Rahmen der grünen und digitalen Transformation. Eine globale technologische Fragmentierung zu vermeiden, ist im Grunde im gegenseitigen Interesse, so dass in bestimmten Feldern auch die gezielte Kooperation mit China zur Erarbeitung und Geltung internationaler Normen und Standards Teil der Lösung sein kann.

- **Chinas militärischer Aufstieg und sein immer weiter greifendes militärisches Engagement muss noch mehr in den Fokus der EU und der NATO gerückt werden.** Es ist gut und richtig, dass diese Herausforderung im neuen Strategischen Konzept der NATO ebenso adressiert wird wie im Strategischen Kompass der EU. Auch für die sicherheitspolitischen Herausforderungen durch China gilt der Ansatz, den Deutschland und seine Partner in EU und NATO grundsätzlich verfolgen: eine Politik des Dialogs, der Stärke und nötigenfalls der Abschreckung. Um die fortlaufende Behandlung der Herausforderung sicherzustellen, sprechen wir uns für einen regelmäßig stattfindenden **Nordatlantikrat zu China** aus und fordern auch einen regelmäßigen Tagesordnungspunkt China bei Sitzungen der EU-Kommission und des Europäischen Rates. Zweimal im Jahr muss es einen „**China Retreat**“ des Ausschusses der Ständigen Vertreter bei der EU (AStV) geben. Dieser sollte auch dazu dienen, die China-Koordination innerhalb der EU-Kommission und zwischen Kommission und Europäischem Rat zu verbessern.
- **Wir müssen die Glaubwürdigkeit, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der werte- und regelbasierten internationalen Ordnung und ihre Institutionen zu stärken,** insbesondere die Vereinten Nationen, die Weltgesundheitsorganisation, die Welthandelsorganisation und das Pariser Klimaschutzabkommen. Die EU muss zusammen mit ihren Partnern weiter darauf drängen, dass China die Werte und Regeln der internationalen Ordnung und insbesondere der VN-Charta achtet. Dazu gehört beispielsweise die überfällige Ratifizierung des Zivilpakts der Vereinten Nationen. Entschieden müssen Versuche zurückgewiesen werden, das bestehende internationale System zu unterwandern und für die eigenen

Interessen zu missbrauchen, die Regeln, Pflichten und Standards selektiv auszulegen, neu zu definieren und die Werte zu unterminieren. **Unser strategischer Vorteil ist, dass wir die Kraft und die Möglichkeiten haben, Allianzen und Partnerschaften zu schmieden, die für Drittstaaten attraktiv sind. Diesen Trumpf müssen wir stärker und konsequenter ausspielen. Denn auch wenn China durch intensive und hochrangige Besuchsdiplomatie versucht, politische Bindungen aufzubauen, fällt es doch häufig in seinem geopolitischen Agieren vor allem auf den Weg der einseitigen Abhängigkeiten und des Zwanges zurück.** Eine Missachtung völkerrechtlicher Grundsätze wie der UN-Seerechtskonvention und auf dieser Konvention basierender internationaler Urteils- und Schiedssprüche unterminiert die internationale Ordnung und belastet das Verhältnis zu China. In der Frage der fortwährenden Missachtung des Haager Schlichterspruchs zum Südchinesischen Meer 2016 unterstützen wir die betroffenen Anrainerstaaten. Versuche, mit der Androhung von militärischer Gewalt oder deren Anwendung die Lage im Südchinesischen Meer oder den Status Quo in Bezug auf Taiwan zu ändern, würden die Zusammenarbeit mit China erheblich infrage stellen. Um mit dem chinesischen Einfluss in internationalen Organisationen umzugehen, braucht es eine proaktive, mit den Partnern abgestimmte Personalpolitik für Führungspositionen. Besonderer Aufmerksamkeit der Koordinierung mit unseren Partnern bedarf auch die Politik im Bereich von Standardisierungsinstitutionen.

- **Eine Verletzung fundamentaler menschenrechtlicher Prinzipien oder der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen kann keine innere Angelegenheit sein.** Sie ist immer auch als eine Frage der internationalen Politik und damit auch in den bilateralen Beziehungen deutlich und kritisch zu thematisieren und muss Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit China haben. Das folgt aus der Universalität der Menschenrechte. Dementsprechend war es unerlässlich, dass die EU erstmals seit dem Massaker von Tian'anmen im Jahr 1989 Sanktionen gegen Mitglieder der chinesischen Regierung erlassen hat, die für die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang direkt verantwortlich zeichnen. Auch war im Falle Hong Kongs das Einfrieren des Auslieferungsabkommens eine erforderliche Konsequenz. Die Situation in Hong Kong bleibt ein Lackmustest für die Glaubwürdigkeit, das Ansehen und die Berechenbarkeit Chinas ebenso wie für die Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit. Chinas Beharren auf dem Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ darf nicht zur Norm in den internationalen Beziehungen werden. Der bilaterale wie der EU-China

Menschenrechtsdialog müssen ausgebaut werden und als Grundlage für die Zusammenarbeit in anderen Fragen herangezogen werden.

- **Wir müssen die deutsche, europäische und transatlantische Klimaaußenpolitik gegenüber China stärken.** Unser Ziel ist ein globaler Emissionshandel mit einem globalen CO₂-Preis. Für die Glaubwürdigkeit in weiteren Verhandlungen ist es von erheblicher Bedeutung, dass die Finanzierungszusagen der Industrieländer für Klimaanpassung und Klimaschutz in Entwicklungsländern so schnell wie möglich eingelöst werden. Eine strategische Klimaaußenpolitik braucht mit Blick auf China kontinuierliche funktionierende diplomatische Kanäle. Die pazifischen Inselstaaten und weitere besonders betroffene Staaten der Region müssen wir beim Umgang mit klimawandelbedingten Risiken, einschließlich Sicherheitsrisiken, weiterhin unterstützen.
- **Zur europäischen und transatlantischen China-Politik gehört, der Förderung autoritärer Systeme durch Peking mit attraktiven politischen und wirtschaftlichen alternativen Konzepten entgegenzuwirken.** Die G7 können hierbei *convener*, Takt- und Impulsgeber sein. Dies erfordert eine sehr viel engere Abstimmung der Chinapolitik auch in diesem Rahmen. Im Zentrum dabei muss die „Global Gateway“-Initiative der EU stehen. Sie muss dringend als politisch-strategisches Konzept angelegt und als in erster Linie politischen Zwecken dienendes Programm umgesetzt werden. Insbesondere hier muss sich beweisen, dass Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Handelspolitik nicht unabhängig voneinander operierende Säulen sein dürfen. Deswegen ist auch die enge Abstimmung mit dem US-amerikanischen „Build Back Better“-Ansatz sowie den vielfältigen japanischen Initiativen zu suchen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und weitere Instrumente der internationalen Zusammenarbeit müssen in das Gesamtkonzept der „Global Gateway Initiative“ eingebettet werden, um dieser mehr strategische Schlagkraft zu verleihen. Im Kern wird es im Systemwettbewerb darum gehen, ob es uns als demokratisch verfasster Teil der Staatengemeinschaft gelingt, attraktive Angebote für internationale Partner und für blockfreie Staaten („swing countries“) zu unterbreiten – für Infrastruktur, Investitionen, Entwicklung und Partnerschaft. Konzepte wie „near shoring“ oder „friend shoring“ greifen deswegen zu kurz. So können wir dazu beitragen, eine starke und entschlossene Gemeinschaft derjenigen Staaten zu schaffen, die aktiv für die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung eintritt, für offene Märkte und fairen und nachhaltigen Freihandel, für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie für offene Seewege, und die sich dabei

gegenseitig unterstützt. Dadurch können wir zeigen, dass die Prinzipien und Regeln der Demokratie die besten Voraussetzungen für eine langfristig nachhaltige Wirtschaft und eine soziale Entwicklung schaffen.

- **Von strategisch hoher Bedeutung ist die Zusammenarbeit, Diversifizierung des Handels und Ausweitung der Beziehungen mit den Partnern im indo-pazifischen Raum.** Dazu gehören insbesondere Japan, Australien, Indien und Südkorea sowie Partner unter den ASEAN-Staaten, ebenso die pazifischen Inselstaaten. Indien als absehbar bevölkerungsreichstes Land und größte Demokratie der Welt und als direkter Nachbar Chinas kommt dabei eine besondere strategische Bedeutung zu. Wir müssen deswegen auf nationaler und europäischer Ebene den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dialog mit Indien deutlich verstärken. Wir haben auch im indo-pazifischen Raum umfangreiche Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen und müssen diese im Sinne der im Jahr 2020 von der Bundesregierung verabschiedeten „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ durch ein verstärktes Engagement und durch konkrete Kooperationsprojekte mit Partnern in der Region untermauern. Da Europa in seinem Handel mit Asien erheblich auf die Freiheit der Seewege im Indo-Pazifik angewiesen ist, liegt eine intensivere sicherheitspolitische Kooperation einschließlich eines Beitrages für sichere Seewege in unserem Interesse.
- **Die EU braucht ambitionierte und umfassende Strategien für die Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas und Lateinamerikas.** Die ist eine zwingend erforderliche Antwort auf ein immer stärkeres Ausgreifen Chinas in Afrika und Lateinamerika. In diesen Weltregionen haben wir in den vergangenen Jahren, z.T. Jahrzehnten deutlich an Boden verloren. Mit einem offenen Ohr für ihre jeweiligen, ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Anliegen und mit einem vehementen Eintreten für die Stärke des Rechts zeigen wir uns als verlässlicher und nachhaltiger Partner. Das nachhaltigste Modell der Entwicklung und Zusammenarbeit mit den Partnern dieser Regionen liegt darin, sie auch als Geschäftspartner ernst zu nehmen. Damit beweisen wir uns als Partner, der die Herausforderungen dieser Regionen im Blick hat, wo gewünscht zu gemeinsamen Lösungen beiträgt und keine politischen Erpressungssituationen schafft und ausnutzt. Dann erhalten wir auch stärkere politische und wirtschaftliche Möglichkeiten, um enger mit diesen Staaten verbunden zu sein und mit ihnen gemeinsam für den Erhalt der internationalen regelbasierten Ordnung einzutreten.

- **Für alle vorgenannten Regionen gilt auch, dass wir durch mehr Handel mit Drittstaaten mehr Sicherheit in unseren Wirtschaftsbeziehungen, Wertschöpfungsketten und Rohstoffimporten schaffen müssen.** Durch eine solche Diversifizierung unserer Importe und Exporte können wir die Abhängigkeiten von China relativieren und wo nötig auch reduzieren. Denn eine Handelsnation in einer offenen, regelbasierten Weltwirtschaft wollen und werden wir bleiben, ob mit oder ohne China. Deswegen brauchen Deutschland und Europa eine Handelsoffensive: schneller, breiter, tiefer. Dazu gehört u.a. die Vertiefung bestehender Handelspartnerschaften, vor allem mit den USA und nun ohne weitere Verzögerung die Ratifizierung des fertig verhandelten EU-Mercosur-Abkommens, mit dem größte Freihandelszone der Welt entsteht; auch die zügige Ratifizierung des modernisierten EU-Chile-Assoziierungsabkommens, ein zeitnahes neues Abkommen mit Mexiko, die Verhandlung neuer Abkommen u.a. mit Indien und ASEAN. Vor allem die Bezugsquellen kritischer und strategisch wichtiger Rohstoffe müssen diversifiziert werden, indem bestehende Rohstoffpartnerschaften ausgebaut und neue Rohstoff- und Recyclingpartnerschaften mit rohstoffreichen Drittstaaten abgeschlossen werden, die auch die Frage der Raffineriekapazitäten umfassen. Von besonderer Bedeutung ist das Screening der Rohstoffabhängigkeiten im Rüstungsbereich. Diese müssen schnellstmöglich aufgelöst und diversifiziert werden. Die Handelspolitik der EU ist als ein wesentliches geopolitisches Gestaltungsinstrument in Zeiten einer sich intensivierenden Systemkonkurrenz anzusehen. Deshalb spielt Schnelligkeit eine entscheidende Rolle. Dies kann am besten gewährleistet werden, indem Handelsverhandlungen auf wesentliche Fragen fokussiert und Überfrachtungen mit Nebenaspekten vermieden und europäische Freihandelsabkommen künftig als EU-only-Abkommen verabschiedet werden.
- **Weil die Sicherheit und Verlässlichkeit unserer Wertschöpfungsketten, unserer Energie- und Rohstoffimporte Teil der nationalen und europäischen Sicherheit ist, müssen wir bestehende und entstehende Abhängigkeiten stärker überwachen.** China ist in den vergangenen Jahren Deutschlands wichtigster Handelspartner gewesen. Ein Decoupling von China ist aus deutscher und europäischer Perspektive weder realistisch noch wünschenswert. Die Handelsbeziehungen zu China müssen dennoch und gerade deswegen einer besonderen Analyse unterzogen werden. Wir fordern eine vom Deutschen Bundestag einzusetzende unabhängige **Chinapolitische Expertenkommission**, die dem Bundestag einen **jährlichen "China-Check"** im Hinblick auf Abhängigkeiten von China in Handels-, Technologie-, Rohstoff- und Außenwirtschaftsfragen sowie

einen systematischen Überblick über chinesische Investitionen in der kritischen Infrastruktur und technikbasierte Einflussnahmen vorlegt. Dieser Bericht sollte neben der Identifikation von Abhängigkeiten auch Handlungsoptionen zur Verringerung solcher Abhängigkeiten, für eine sogenannte De-Risking-Strategie, evaluieren. Wichtige Bereiche zur Analyse betreffen etwa Spitzentechnologien, seltene Erden oder Technologien im Bereich der Erneuerbaren Energien. Handlungsoptionen sind nach einer Faustregel insbesondere dann vorzulegen, wenn in sensiblen Bereichen die Abhängigkeit mehr als ein Drittel des Imports beträgt. Wichtig ist auch, die chinesische Marktmacht beim jeweiligen Gut insgesamt in den Blick zu nehmen. Dabei ist nach Güterkategorie sowie kurzfristiger Substituierbarkeit (Substitutionselastizität) zu differenzieren. Abhängigkeiten sind vorrangig an der Qualität der Handelsbeziehungen, z.B. also einzelnen sensiblen Gütern, zu messen, aber auch der Handelsumfang insgesamt sowie Umsatz-/Gewinnabhängigkeiten sind zu berücksichtigen. Deswegen muss eine solche Bewertung auch etwaige Abhängigkeiten deutscher Unternehmen vom Export nach China berücksichtigen. Im Zuge des ersten, noch in diesem Jahr vorzulegenden Berichts sollten u.a. Voraussetzungen und Wege einer Umsetzung sogenannter **Stresstestverpflichtungen für in China besonders exponierte Unternehmen** sowie eines auf **ausgehende Investitionen zielenden Kontrollsystems** bewertet werden. Letzterem sollte eine differenzierte Analyse aktueller Investitionsflüsse aus Deutschland/EU zugrunde liegen und auf dieser Grundlage zunächst die Möglichkeit von Anzeigeregulungen für ausgehende Investitionen bewerten. Wir müssen sicherstellen, dass das geopolitische Risiko bei Investitionen in China künftig vor allem von den Unternehmen getragen wird, nicht von der Gesamtheit der Steuerzahler.

- **Im Lichte jüngster chinapolitischer Entwicklungen muss die Bundesregierung zudem endlich den nach § 32 des Außenwirtschaftsgesetzes längst fälligen Evaluierungsbericht zum Außenwirtschaftsrecht vorlegen.** Dabei muss die Bundesregierung auch ihre Lehren aus dem Fall der COSCO-Beteiligung an einem Terminal des Hamburger Hafens ziehen. Die Entscheidungshoheit des Bundes und Rechtssicherheit für Unternehmen müssen gleichermaßen gewahrt sein. So müssen etwa die Parameter zur Definition kritischer Infrastruktur in der Gesetzgebung zum Schutz kritischer Infrastruktur (Kritis-Dachgesetz) angepasst und Prüffristen bzw. Genehmigungsfiktionen hinterfragt werden. Zusätzliche Versagungsmöglichkeiten bei der Übernahme durch staatlich kontrollierte chinesische Unternehmen sollten eingeführt werden. Nicht nur aktuelle und künftige Beteiligungen chinesischer Unternehmen sind zu prüfen. Es gilt, u.a. im

Rahmen des oben genannten China-Checks, auch bisherige Kooperationen kritisch zu beleuchten. Jeglicher Einfluss Chinas auf Technologieinfrastruktur wie Telekommunikation, Überwachungstechnik sowie auf den Wissenschaftsbetrieb in Deutschland gehört auf den Prüfstand. Der Fall Hamburger Hafen hat zudem ein Transparenzdefizit der Bundesregierung im Umgang mit laufenden Investitionsprüfungsverfahren offenbart. Deswegen sollte die Bundesregierung künftig regelmäßig und unaufgefordert im Bundestag Bericht zu Länder- wie Branchenbezug und Volumina laufender Verfahren erstatten. Die Bundesregierung muss darüber hinaus dringend erklären, wie sie die u.a. von US-amerikanischer Seite jüngst verschärften Exportkontrollen und -Hindernisse für bestimmte technologische Güter bewertet und im Lichte dieser Bewertung die eigenen Kriterien nachschärfen. Gerade im Bereich von kritischen Technologien braucht es eine solche Verschärfung der Exportkontrollrichtlinien.

- **Der Rolle Chinas als Drehscheibe für die unkontrollierte Verbreitung konventioneller und nichtkonventioneller Dual-Use-Güter muss ebenso entschieden entgegengetreten werden wie den potenziell destabilisierenden, stetig zunehmenden Exporten von chinesischen Rüstungsgütern vor allem nach Afrika.** Der Nexus chinesischer Proliferationsbemühungen umfasst von Staatsunternehmen bis chinesischen Forschungseinrichtungen (auch im Ausland) eine von der Partei gesteuerte breit angelegte Bemühung, deren Unterbindung eine ebenso breit angelegte Antwort erfordert. Die Bundesregierung muss dafür den Outreach in die deutsche Industrie und Forschungslandschaft ebenso wie die europäische Vernetzung verstärken.
- **Der Fall des Hamburger Hafens hat gezeigt, dass der Bundesregierung eine Infrastrukturstrategie fehlt, die geopolitische und geoökonomische Risiken ausreichend berücksichtigt.** Deswegen muss die Bundesregierung im Laufe dieses Jahres zum Beispiel dringend eine Nationale Hafenstrategie präsentieren und auf EU-Ebene Beratungen über eine gemeinsame europäische Hafenstrategie vorantreiben. Teil der Hafenstrategie sollte ein Stresstest sein, der analysiert, ob sich durch Beteiligungen von Unternehmen aus Drittstaaten an kritischer Hafeninfrastruktur Abhängigkeiten oder Risiken für die nationale/europäische Sicherheit oder die Aufrechterhaltung kritischer Infrastrukturen ergeben. In ähnlicher Weise muss dies auch für den Einsatz chinesischer Informations- und Kommunikationstechnologie (5G/6G) in der weiteren Verkehrs-, u.a. der Bahninfrastruktur verfolgt werden.

- **In der Außenwirtschaftsförderung müssen die richtigen Konsequenzen aus bestehenden und drohenden Abhängigkeiten gezogen und ein Schwerpunkt auf die Diversifizierung gelegt werden.** Für die künftige Vergabe von Investitionsgarantien muss eine Matrix geschaffen werden, die die Gesamtabhängigkeit der deutschen Wirtschaft, die Abhängigkeiten in einzelnen Branchen sowie die Exposition einzelner Unternehmen in einzelnen Ländern berücksichtigt. Bei der Diversifizierung sind Schwerpunkte auf die oben genannten Regionen der strategischen Zusammenarbeit zu legen. Im Zuge dessen sollte zum Beispiel der Wirtschaftsfonds Afrika finanziell erheblich besser ausgestattet werden.
- **Um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu stärken, brauchen wir auch eine Überarbeitung des europäischen Wettbewerbsrechts.** Das europäische Wettbewerbsrecht darf nicht dazu führen, dass europäische Firmen durch Versagung von Fusionen bewusst klein gehalten und im globalen Wettbewerb einen strategischen Nachteil gegenüber chinesischen Firmen erhalten, wie es bei der Untersagung der Zugsparten von Siemens und Alstom der Fall war.
- **Wir brauchen als Teil unserer Deutschland- und Europa-Strategie eine deutsche und europäische Souveränitätsstrategie, mit der wir Abhängigkeiten bei strategisch wichtigen Gütern reduzieren und eigene Kapazitäten stärken.** Dies muss unser Anspruch sein, um langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu sichern. In Europa müssen Schlüsseltechnologien definiert werden, bei denen wir ein höheres Maß an Souveränität und Resilienz erreichen wollen. Dazu zählen auch, aber nicht nur solche Spitzentechnologien die China in seiner „Made in China 2025“-Strategie identifiziert hat. Bereiche wie Digitalisierung, Maschinen und Roboter, Elektromobilität und Medizintechnologie stehen im Fokus. Deshalb müssen wir Deutschland als Forschungs- und Industriestandort stärken. Dafür fordern wir eine europäische Resilienzoffensive zur Stärkung der Forschung und Produktion innerhalb Deutschlands und Europas. Wir können den Systemwettbewerb nicht ohne den Technologiewettbewerb denken und müssen deswegen systematisch und in Zusammenarbeit mit unseren Partnern unsere Stärken zu einer Technologieführerschaft weiterentwickeln.
- **Eine besondere strategische Bedeutung kommt im Rahmen der wirtschaftlichen Souveränitätsstrategie aber auch der militärischen Dimension der Luft- und Raumfahrt zu.** Die Raumfahrt hat eine hohe Bedeutung für Innovationen, Infrastrukturen oder Kommunikation. China

hat binnen weniger Jahre sein Raumfahrtbudget verdoppelt und tritt mit der ersten Landung auf der Rückseite des Mondes zunehmend als Rivale und Bedrohung auf. Raumfahrt sollte deshalb als ein querschnittliches Handlungsfeld der Bundesregierung definiert und in enger europäischer Kooperation verfolgt werden. Insbesondere gilt es, die eigenen Installationen und Infrastrukturen im Weltraum gegen andere die Aktivitäten anderer Akteure zu härten und An- sowie Übergriffe auf eigene Schlüsselbereiche zu verhindern. Ein **nationaler Weltraumrat** nach Vorbild des US-Space Councils könnte zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit und strategischen Planung eingerichtet werden.

- **Gesellschaftliche Beziehungen, Kultur, Bildung und Forschung bieten Möglichkeiten zum Austausch und gegenseitigen Verständnis, auf unerwünschte Einflussnahme aber müssen wir entschlossen reagieren.** Wir setzen uns für eine Stärkung des kulturellen Austauschs ein, u.a. durch die offizielle Anerkennung des zweiten Goethe-Instituts in Shanghai. Gleichzeitig müssen wir die Arbeit der insgesamt 19 Konfuzius-Institute in Deutschland und jener in Europa stärker analysieren. Auch hier muss das Prinzip der Reziprozität Eingang finden. Mit Sorge sehen wir sogenannte „Übersee-Polizeistationen“; von ihnen ausgehende Eingriffe in die Souveränität und Wahrnehmung von Hoheitsaufgaben sind nicht akzeptabel. Das müssen wir gerade im Hinblick auf die chinesische Diaspora eng im Blick behalten, der wir stärker unser Angebot zur Integration aussprechen müssen. Die Situation chinesischer Schüler und Studierender in Deutschland und Europa verdient mehr Aufmerksamkeit, ihnen müssen wir Chancen eröffnen und zugleich den Gefahren von Technologietransfers oder der Verbreitung chinesischer Narrative entgegenwirken. Wir müssen die Sensibilisierung von Wissenschaft und Forschung, gerade auch im Hinblick auf Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz und Quantentechnologien, weiterentwickeln.

3. Strukturelle Veränderungen in der Bundesregierung zur Umsetzung einer neuen China-Politik

Eine Re-Justierung der deutschen und europäischen China-Politik kann ohne Strukturveränderungen nicht erfolgreich umgesetzt werden. Die alle Regierungsteile betreffende umfassende Herausforderung des Umgangs mit China unterstreicht die Notwendigkeit eines im Bundeskanzleramt angesiedelten Nationalen Sicherheitsrates, der die Kohärenz in der Chinapolitik gewährleistet. Folgende

gezielte Maßnahmen innerhalb der Bundesregierung sind aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion zudem notwendig:

- **Die China-Kompetenz muss in Deutschland, vor allem in der Bundesregierung gestärkt werden.** Beispielsweise müssen alle Neu-Beamten im höheren Dienst oberster Bundesbehörden in ihren ersten zwei Berufsjahren verpflichtend einen China-*Exposure*-Kurs durchlaufen, der in enger Zusammenarbeit mit dem Mercator Institute on China Studies zu konzipieren ist.
- **Die China-Politik muss regelmäßiger Bestandteil der Koordinierung innerhalb der Bundesregierung sein.** Zu diesem Zweck ist eine **Staatssekretärsrunde zur China-Politik** zu berufen, die regelmäßig tagt und für Kohärenz in der China-Politik sorgt. Zudem muss China mindestens einmal im Quartal als fester Diskussionspunkt auf der Tagesordnung der Kabinettsitzung stehen. In spezifischen, prioritären Arbeitsfeldern sollten ressortübergreifende China-Arbeitsgruppen gegründet werden.
- **Das Thema wirtschaftliche Sicherheit sollte im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz auf Staatssekretärsstufe verankert werden;** vergleichbar mit dem japanischen Minister für wirtschaftliche Sicherheit (*economic security*).
- **Die Bundesregierung muss ein „Kompetenzzentrum China“, das direkt dem Chef des Bundeskanzleramtes zugeordnet ist, schaffen,** das als Anlaufstelle für Länder, Kommunen und Wissenschaftseinrichtungen dient und so für Kohärenz in der innerstaatlichen China-Politik sorgt. Dabei geht es u.a. um Risiken bei der wissenschaftlichen und forschungspolitischen Kooperation oder bei chinesischen Investitionen in Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Das Kompetenzzentrum soll auch durch die deutliche Ausweitung nachrichtendienstlicher Expertise mit Blick auf China unterstützt werden.
- **Institutionen der China-Forschung müssen deutlich mehr und institutionalisiert gefördert werden,** um gezielt und langfristig das Wissen über China auszubauen. Es gilt, die unabhängige, angewandte und praxisnahe China-Forschung auszubauen und entsprechende Mittel bereitzustellen. Auch die strategische Vorausschau und Szenarienplanung mit Blick auf China ist angesichts der enormen und strategischen Auswirkungen der Entwicklungen Chinas von herausragender Bedeutung. Wir treten für einen **„Expertenkreis Strategic Foresight on China“** ein, der

Bundesregierung und Parlament regelmäßig über die Entwicklungen in China informiert und berät. Für die Innenbehörden gilt es, ihre Kompetenzen mit Blick auf spezifische chinesische Sicherheits- oder Infiltrationsbedrohungen („Übersee-Polizeistationen“) als auch zur Beobachtung der Aktivitäten der chinesischen Diaspora in Deutschland auszubauen. Vielfach werden diese genutzt, um Dienste für die KPCh zu erfüllen. Eine Sensibilisierung muss auch auf europäischer Ebene erfolgen.

Eine kohärente, umfassende und effektive wirtschafts- und sicherheitspolitische China-Strategie beginnt mit einer Deutschland-Strategie, eingebettet in eine Europa-Strategie. Unsere Resilienz hängt wesentlich davon ab, dass wir unsere eigenen Kapazitäten und Fähigkeiten stärken. Deswegen sind die Rüstungspolitik ebenso wie eine ambitionierte Struktur- und Wachstumspolitik integraler Bestandteil einer kohärenten China-Strategie. Zugleich müssen geopolitische wie geoökonomische Erwägungen zwingend Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie Deutschlands finden.